

## **Geplante Kürzungen bei Integrationskursen - Zu kurz gedacht: Bildungsgerechtigkeit in Gefahr.**

*Ein Kommentar von Inga Franke, GF-H Bildungsberaterin in Berlin-Lichtenberg*

Ein aktueller Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (Bearbeitungsstand: 08.10.2024) sieht eine Neuordnung des Integrationskurssystems in Deutschland vor. Diese soll die Effizienz steigern und das Kurs-System wirtschaftlicher gestalten. Geplant ist ein verdichtetes Kursangebot, das sich stärker an individuellen Lernvoraussetzungen orientiert, und die Einschränkung von Wiederholungen im Sprachkurs. Zugegeben: kurzfristig könnte dies zu Einsparungen führen, doch langfristig birgt es erhebliche Risiken und Kosten.

Sollten die Pläne so umgesetzt werden, wird diese Entscheidung schwerwiegende Folgen für die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland haben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor weitere große Herausforderungen stellen. Integrationskurse bieten weitaus mehr als nur Sprachunterricht. Sie sind ein wesentlicher Bestandteil für den Zugang zu Bildung, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Allein im Jahr 2023 haben laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 363.000 Kursteilnehmende mit einem Integrationskurs begonnen. In der für den Garantiefonds-Hochschule relevanten Zielgruppe, der Zugewanderten bis einschließlich 30 Jahren, stellt diese prozentual den höchsten Anteil an Deutsch-Tests für Zugewanderte mit B1 Niveau (73 % bis 25 Jahren und 69,6 % von 25 – unter 30 Jahren). Dies ist sicherlich auch ein Indiz dafür, dass insbesondere diese Alterskohorten ein großes Interesse haben schnellstmöglich gesellschaftliche Teilhabe über Sprache zu erhalten.

Der aktuelle Referentenentwurf sieht nun für 2025 Kürzungen um die Hälfte der 2024 bewilligten Mittel auf 500 Mio. Euro vor. Geplant sind Streichungen von Kursen, die sich speziell an Jugendliche, Eltern und Frauen richten. Auch soll die Möglichkeit einen Kurs bei nicht bestehen zu wiederholen größtenteils entfallen und Fahrtkosten zur Kursanreise sollen nur noch in Ausnahmefällen übernommen werden. [Quelle](#)

Diese Art der Kürzungen die insbesondere Personengruppen treffen, die ohnehin schon von zusätzlichen Benachteiligungen auf dem Weg zum erfolgreichen Kursabschluss betroffen sind, etwa durch notwendige Betreuungszeiten der Kinder, Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes im Herkunftsland und besondere pädagogische Bedürfnisse, auf die bei Jugendlichen für das Erzielen von Lernerfolg eingegangen werden muss, sind daher das falsche Signal und zu kurz gedacht.

Denn laut einer OECD-Studie aus dem Jahr 2024, sind Integrationsdienste in Deutschland und insbesondere die Form der Integrationskurse effektiv und verbessern

die Sprachkenntnisse der Migrantinnen und Migranten besser als in anderen Ländern.

[Quelle](#)

Für die Ratsuchenden in der Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule sind die Integrationskurse ein erster wichtiger Baustein auf ihrem Weg in eine akademische Karriere. Denn die Sprachkursförderung für die studienvorbereitenden Kurse beginnt erst ab dem abgeschlossenen Sprachniveau B1, das im Integrationskurs vermittelt wird.

Damit könnten die vorgesehen Kürzungen einen direkten Einfluss auf die Bildungsbiografien Zugewanderter und nachfolgender Generationen haben: Verfügbarkeit und Qualität der Kurse drohen zu leiden, mit der absehbaren Folge, dass sich weniger Menschen mit Einwanderungsgeschichte für ein Studium entscheiden werden – weil der Weg dahin einfach zu lange dauert.

Die Kürzung der Mittel für Integrationskurse droht, bestehende Fortschritte zu gefährden und Ungleichheiten zu verstärken. Bildungsgerechtigkeit erfordert gleiche Chancen für alle, und gerade Integrationskurse sind dafür unverzichtbar. Was im Referentenentwurf als kurzfristige Kostensenkung erscheint, könnte langfristig zu erheblichen Folgekosten für Staat und Gesellschaft führen.

Auch wenn der geplante Haushaltsentwurf aufgrund des vorzeitigen Endes der Regierungskoalition nicht umgesetzt wurde, bleibt die Sicherstellung von Planungssicherheit und einer angemessenen finanziellen Ausstattung der Integrationskurse ein dringendes Anliegen, das von der zukünftigen Bundesregierung berücksichtigt und im Bundeshaushalt 2025 entsprechend den aufgezeigten Anforderungen umgesetzt werden muss.